



vertraulich

Landeshauptstadt Dresden  
Der Oberbürgermeister

Fraktion Alternative für Deutschland  
im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden  
Mitglied des Stadtrates  
Bernd Lommel

GZ: (OB) 80.1

Datum: 06. APR. 2022

## Investitionsentscheidung Intel AF2137/22

Sehr geehrter Herr Lommel,

zu Ihrer Anfrage erlaube ich mir zunächst den Hinweis, dass meiner Ansicht nach kein Anspruch auf Beantwortung besteht, weil sie keine einzelne Angelegenheit im Sinne von § 28 Abs. 6 Sächs-GemO betrifft.

Mit der Anfrage soll erst in Erfahrung gebracht werden, ob sich lediglich vermutete Sachverhalte überhaupt ereignet haben. Die hinterfragten Konstellationen erfüllen damit jeweils nicht die vom Sächsischen Obergericht entwickelte Definition einer einzelnen Angelegenheit als „konkreter Lebenssachverhalt“ (SächsOVG, Urteil vom 7. Juli 2015, 4 A 12/14, Rn. 28: „Ein konkreter Lebenssachverhalt ist dann gegeben, wenn er nach Ort, Zeit und dem Kreis der eventuell betroffenen Personen bestimmbar ist; dabei muss zwischen diesen Elementen eine inhaltliche Verbindung vorhanden sein.“). Zudem muss der Sachverhalt „überschaubar“ sein; SächsOVG, Urteil vom 6. Juli 2021, 4 A 691/20, Rn. 33, 34. Auch nach dem allgemeinen Sprachgebrauch ist ein Bezug der Anfrage zu einem ganz bestimmten Ereignis, Vorfall oder Geschehen erforderlich; vgl. VG Chemnitz, Urteil vom 6. November 2013 (1 K 549/13). Daran fehlt es bei dieser auf allgemeine Ausforschung gerichteten Anfrage.

Soweit ich ein eigenes Interesse an der Beantwortung der Anfrage habe, beantworte ich diese ohne Anerkennung einer Rechtspflicht und ohne Bindungswillen für künftige vergleichbare Konstellationen wie folgt:

„Presseberichten ist zu entnehmen, dass sich der Chip-Riese Intel für Magdeburg als Standort einer Investition in Höhe von 17 Milliarden Euro entschieden hat. Unter anderem wird der Oberbürgermeister Lutz Trümper zitiert, Intel hätte den Eindruck gewonnen, dass „ihr [Magdeburg] das [die Ansiedelung Intels] am meisten wollt.“ Auch Dresden war bei der Standortsuche als möglicher Kandidat im Gespräch. Hierzu ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. Gab es mit Intel Gespräche hinsichtlich der Investition von 17 Milliarden Euro in Dresden? wenn ja, welche Angebote wurden seitens der Landeshauptstadt Dresden gemacht und aus welchen Gründen erfolgte die Standortentscheidung für Magdeburg?“

Entsprechende Gespräche wurden geführt. Details unterliegen der Vertraulichkeit. Es ist aber offenkundig, dass die geforderten Flächen in der Größenordnung in Dresden nicht vorhanden sind.

**2. „Welche Flächen hätten dem Unternehmen in Dresden potentiell zur Verfügung gestellt werden können und welche Flächen wären für die Ansiedelung notwendig gewesen?“**

Keine - siehe Antwort 1. Magdeburg hat sich mit 350 Hektar zusammenhängender Fläche durchgesetzt.

**3. Welche weiteren Standortfaktoren sind in den Gesprächen mit Intel zur Sprache gekommen, die Dresden nicht oder im nicht ausreichenden Maße im Vergleich zu Magdeburg zu bieten hat.**

Keine. Bei einer Vielzahl von Standortfaktoren kann sich Dresden als größter Mikroelektronikstandort Europas führend positionieren. Die europäische Halbleiterindustrie findet in der Region ein leistungsstarkes Ökosystem aus Zulieferern und industrienahen Softwareexperten vor, weshalb globale Chipgiganten wie Globalfoundries, Infineon und Bosch Milliarden in den Standort investieren.

**4. Welche konkreten Unterstützungsmaßnahmen sind seitens der Staatsregierung gegenüber der Landeshauptstadt Dresden erfolgt, um eine Ansiedelung von Intel in Dresden zu erreichen?**

Wir können nur für Gewerbeflächen der Landeshauptstadt Dresden sprechen, die zu keiner Zeit für Intels Pläne passfähig waren.

**5. Gibt es seitens der Landeshauptstadt Dresden Schätzungen hinsichtlich des Steueraufkommens, dass mit einer solchen Investition verbunden ist? Wenn ja, in welcher Höhe werden Anteile von Einkommenssteuer, Grund- und Gewerbesteuer durch die Standortentscheidung Intels nicht realisiert?**

Die Intel-Investition von Magdeburg ist innerhalb Dresdens keine realistische Option gewesen, insofern stand die Frage nach dem Steueraufkommen für die Landeshauptstadt Dresden nie im Raum.

Mit freundlichen Grüßen



Dirk Hilbert